

## DAS MENSCHLICHE MASS

### DIE SOZIALE SUBSTANZ DES KULTURSTAATES UND DIE KULTURELLE FUNDIERUNG DES SOZIALSTAATES

(...)

Deutschland ist per definitionem kein Nationalstaat und kein Kulturstaat. Das nun mag (...) überraschend klingen, aber beide Begriffe suchen wir in der Verfassung des Grundgesetzes vergebens. Das Grundgesetz definiert Deutschland als einen Staat mit bestimmten Eigenschaften, aber von "Nation" ist im Grundgesetz nichts zu lesen, nicht einmal mehr von "nationaler Einheit".

Diese existiert seit 1995 nur noch im Register der (5.) Ausgabe der Verfassungen der deutschen Bundesländer. In der Präambel des Grundgesetzes, auf die das Register unter diesem Stichwort verweist, war früher appellativ davon die Rede, das "Deutsche Volk" sei gewillt, "seine nationale und staatliche Einheit zu wahren". Nach wiederhergestellter Einheit wird heute lediglich darauf verwiesen, daß die Bundesländer "die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet" haben.

Der Begriff des Nationalen wird heute in den Verfassungen nur noch unter Stichworten wie nationale Minderheiten, nationaler Haß und Nationalpark genannt.

Aber auch "Kulturnation" ist kein Verfassungsbegriff wie etwa bei der benachbarten "Grande Nation". Der politische Gebrauch dieser Vokabel stand einst im Kontext der trotz politischer Zweiteilung aufrechterhaltenen Gemeinsamkeit als "Kulturnation", wie sie auch die DDR im Erbe der deutschen "Nationalkultur" impliziert sah. Daß bei der Revision des Grundgesetzes 1994 auf die Wiederaufnahme des Begriffes von der Nation verzichtet wurde, war eine begrüßenswerte Entscheidung angesichts vielerlei Mißbrauchs, dem der Begriff der "Nation" während seiner kurzen Karriere ausgeliefert war, und angesichts der Empfindung, daß er für ein modernes Europa nicht mehr in die Landschaft paßt.

Auch von *Kulturstaat* steht allerdings nichts in der Verfassung. Im *Kulturstaat* der offenen demokratischen Gesellschaft regelt, animiert, strukturiert der Staat den ergebnisoffenen Kulturprozeß (nicht die Kultur - das versuchen staatliche Institutionen nur und meist vergeblich in autoritären Staaten, die eine Homogenisierung und Modernisierung erzwingen wollen).

Positiv definiert das Grundgesetz unseren Staat als einen "demokratischen und sozialen Bundesstaat" (Art. 20 GG). Die Bundesländer, schreibt es vor, müssen Verfassungen haben, die den Grundsätzen des "demokratischen und sozialen Rechtsstaates" korrelieren. Dies sind ebenso wie die Unverletzlichkeit der Würde des Menschen unaufhebbare Verfassungsgrundsätze, die das Recht und den Gesetzgeber programmatisch binden.

Die Wartburg übrigens erinnert uns daran, daß seit jeher dem Staat auch eine soziale Verantwortung zukommt. In ihrer Gründungsgeschichte ist sie ein Monument der öffentlichen Sozialpolitik, zumindest in der Symbolsprache ihrer Zeit. Nachdem Graf Ludwig der Salier (der Springer) mit seinem Spruch "Wart, Berg, du sollst mir eine Burg tragen" sich auf einen Bauplatz für seine Burg festgelegt hatte, realisierte er den Plan 1067-1069 während einer Hungersnot in Thüringen: Er öffnete, wie uns die vermutlich fromm erzählte Legende überliefert, seine in Sangershausen gespeicherten Getreidevorräte für jeden, der beim Bau der Wartburg helfende Hand anlegen wollte. Der Bau konnte so schnell realisiert werden, wie es in den Volkserzählungen sonst nur im Pakt mit dem Teufel möglich schien.

(...)Unabhängig von der sozialen Verantwortung des Staates gilt es, diese Besonderheit des Grundgesetzes als eine Herausforderung für die Kultur zu werten: Wenn wir es versäumten, Kultur mit dem demokratischen Rechtsstaat und dem Sozialstaat zu einer vitalen Symbiose zu verschmelzen, dann hätten wir auch die Chance verpaßt, jene Infrastruktur zu sichern, die wir für unsere Kulturpolitik und Kunstpflege unverzichtbar brauchen.

Das bedeutet, Kultur muß *hineingedacht* werden in diese Definition des Staates und eingewohnt werden in seinen Entwurf des humanen Gemeinwesens.

Das dürfte, wenn es um die Dimensionen des Rechtsstaates und der Demokratie geht, nicht allzu schwer sein; denn das Recht hat seinen Grund im Wertekonsens, und Demokratie ist implizit gebun-

den an zivilisierte Formen des Umgangs. Aber es lohnt auch, Kultur als integralen Bestandteil der sozialen Prinzipien zu denken. Ja, diese Prinzipien des Sozialen sind nur kulturell zu definieren. Es gibt keinen "offiziellen" sozialen Mindeststandard, sondern nur einen kulturell definierten. Dazu gehört auch die aktive Teilhabe und passive Teilnahme am kulturellen Leben möglichst vieler. Sie ist für die Kohärenz des Gemeinwesens wertvoll, wenn nicht unabdingbar.

Um Kultur als immanenten Teil des ethischen Kanons des demokratischen und sozialen Rechtsstaates zu begreifen, gilt es zunächst Kultur und Künste zu unterscheiden. Wenn Kultur, wie es in der UNESCO-Erklärung von Mexiko 1982 heißt, "in ihrem weiten Sinne als Gesamtheit der einzigartigen geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Aspekte angesehen werden kann, die eine Gesellschaft oder eine soziale Gruppe kennzeichnet", dann sind darin eingeschlossen "Lebensformen, die Grundrechte des Menschen, Wertsysteme, Traditionen und Glaubensrichtungen".

Kultur ist das geordnete System von Bedeutungen und Symbolen. Sie vermittelt gesellschaftliche Interaktion. Das heißt: Kultur ist kein "Überbau", abhängig etwa von Ökonomie, Geographie oder Biologie. Sie ist nichts Geringeres als die spezifische Prägung, welche die Menschen ihrer Lebensweise aktiv geben.

Die Fähigkeit der Menschen, die unterschiedlichsten Nischen der Lebenswelt erfolgreich auszufüllen, ist mit der Kultur der Menschen untrennbar verbunden - ja sie *ist* deren Kultur. Kultur ist keine Angelegenheit des Habens, sondern des Seins - so ähnlich lesen wir es bei Thomas Mann.

Innerhalb der Kultur sind die Künste ein spezieller Bereich: Sie sind einerseits die Gesamtheit dessen, was in den ästhetischen Gestaltungen der verschiedensten Künste das Leben verschönt, angenehm macht und es bereichert. Sie sind aber auch mehr als bloß Dekor und Ornat für die Tristesse des Alltags. Die Künste sind individuelle und gemeinschaftliche Kommunikation mit den Mitteln des ästhetischen Ausdrucks, die oft gerade vor allem dort in Aktion tritt, wo die verbale Auseinandersetzung versagt.

So ist es die bildende Kunst - und da vor allem die Medienkunst -, die heute am intensivsten die Folgen der Informationsrevolution reflektiert. Während in der täglichen Praxis Telekommunikation, digitales Fernsehen oder Computerspiele lediglich nach Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit diskutiert werden, erleben wir auf internationalen Kunstmessen wie der Dokumenta in Kassel oder der Biennale in Venedig Computer- und Videoinstallationen, die die Rechnung vom anderen Ende her aufmachen: Der Mensch verschwindet aus der Welt der Informationsströme, in der weltweiten Vernetzung habe ich kein menschliches Gegenüber mehr. Weit davon entfernt, larmoyante Zivilisationskritik zu üben, beharren Arbeiten von Bruce Naumann oder Bill Viola auf dem Humanen auch in der Informationsgesellschaft und fordern gerade nicht den Ausstieg, sondern die Vermenschlichung.

Es ist eine im Kern kulturelle Revolution, an der wir teilhaben, und als solche müssen wir uns ihr stellen. Wenn wir dies tun, dann haben eben auch und gerade die Künste etwas zu sagen, wenn es um technischen Fortschritt, um Standortvorteile und Arbeitsplätze geht.

In den Symbolisierungen der Künste findet sich auch die Auseinandersetzung darüber, was gut und notwendig für die Menschen und ihr Gemeinwesen sei: in der Literatur, der Poetik, auf dem Theater und in der Malerei: Sie liefern die Vorstellungen, mit denen die Menschen ihr Leben und ihre Chancen werten und gestalten - auch im Sozialen. Die Würde des Menschen wird definiert in den Werken der Kunst, nicht in den Termini der Sozialgesetze.

Kultur ist aber auch in dem zu würdigen, was Gesellschaften unterscheidet, ihnen ihr je eigenes Gesicht verleiht. Bei der ersten Verleihung des Wartburg-Preises 1992 wurde an Johann Gottfried Herders berühmte These erinnert, jede Kultur sei nach ihren eigenen Maßstäben zu würdigen und jeder Kultur sei ihr eigener Wert beizumessen. Damit ist benannt, was in dieser Epoche der Geistesgeschichte in Deutschland den Prinzipien der Aufklärung hinzugefügt wurde in jener humanistischen, ja demokratischen Einsicht Herders, wonach die Vielfalt der Kulturen kein Resultat der Willkür ist. Sie verdankt sich im Gegenteil unterschiedlichen historischen Optionen und der prägenden Gestaltung der sozialen wie geographischen Verhältnisse durch handlungsfähige und auch handelnde Menschen; damit ist sie aber auch kein unentrinnbarer Käfig mit determinierenden Gittern, sondern ein ständig neu zu präzisierendes Spezifikum.

Speziell für Deutschland gilt, daß die kulturelle Grundlegung des Staates ein unwiederholbares Produkt seiner Geschichte ist, aber auch der Prioritätensetzungen seiner Menschen. Ich beziehe das nicht nur auf die Ebene der traditionellen kulturellen Elemente wie Sprache, Literatur oder Kunst. Ich recurriere dabei vor allem auch auf unsere Geschichte und den Beitrag, den sie zu dem eigenen Bild von uns selbst und zu dem Bild der anderen von uns geleistet hat.

Nach zwei Weltkriegen und nach der Nazi-Barbarei war es in diesem Jahrhundert außerordentlich schwer, das Mißtrauen unserer Nachbarn durch Vertrauen zu ersetzen. Insofern ist das heutige Datum - der 9. November - ein besonderer Tag. Denn dieses Datum, sieben Jahre zurückprojiziert, markiert den vielleicht glücklichsten Augenblick der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Aber darüber hinaus markiert der 9. November in der Chronologie der europäischen Geschichte weitere schicksalhafte Daten: 1789 das vorläufige Ende der französischen Revolution. 1918 die deutsche Revolution mit der Ausrufung der Republik, 1923 der Hitler-Putsch in München, 1938 die Reichspogromnacht.

So symbolisiert sich im 9. November das ganze Drama der Geschichte der Moderne, die sich ja gerade dadurch auszeichnet, daß sie die Aufklärung und Befreiung des einzelnen geleistet hat und ihn damit aber gleichzeitig in den Konflikt stürzte, selbstverantwortlich zu sein für seine Taten. Alle Versuche, diesen Konflikt zu umgehen, sich als einzelner aus der Verantwortung zu stellen, Geschichte als ein für allemal erledigt anzusehen, führen in Verdrängung, Krieg, Diktatur.

(...) Meine These lautet: Die anstehende Reform des Sozialstaates ist nur aus dem Geist der Kultur heraus zu leisten.

Gemeint ist: Die Reform bedarf einer Kultur und einer kulturellen Öffentlichkeit, die gemäß dem unveränderlichen Grundsatz der Verfassung die Würde des Menschen ins Zentrum der Staatszwecke stellt. Unter den veränderten Bedingungen muß neu diskutiert und definiert werden, was zu ihr gehört - mit allen Mitteln, auch denen der Künste.

So wie Deutschland nach der Definition des Grundgesetzes kein Nationalstaat und kein Kulturstaat ist, so ist er auch kein Handels- oder Wirtschaftsstaat. Alle Teilpolitiken wie Wirtschafts- oder Finanzpolitik sind dem Ziel untergeordnet, der Wohlfahrt der Bürger zu dienen; insofern ist die Sozialstaatsbindung eine oberste Kategorie. "Diese Sozialstaatsklausel durchzieht leise als Essenz das ganze Verfassungsgefüge des Grundgesetzes. Durch sie erhalten die gesamten Grundrechte eine gewisse, teils stärker, teils schwächer wahrnehmbare soziale Tönung."

So lasen wir es 1967 bei dem Staatsrechtler Georg Isele und auch heute gilt: Die Sozialstaatlichkeit auszuhöhlen verändert den Charakter des Staates. Logisch müssen alle anderen Regelungen diesen Staatszielen untergeordnet werden, also sind auch die Industrie- und Handelsstaatscharakteristika diesen Zwecken subsumiert. Der höchste Staatszweck ist nicht das Wohl der Wirtschaft, sondern dasjenige der Menschen. Das höchste Staatsziel ist nicht der Fetisch Wirtschaftswachstum, den manche immer noch zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Verteidigung des Wirtschaftsstandortes Deutschland gegen den Rest der Welt für das non plus ultra halten. Das werden die Unternehmer, das werden die Gewerkschaften nicht gern hören.

Wenn überhaupt, dann ist ein höherrangiges Ziel des demokratischen und sozialen Rechtsstaates die Schaffung von sicheren *Lebensplätzen*: Nämlich die Schaffung von Rahmenbedingungen für die Chance, ein Leben in selbstbestimmter Würde zu führen, getragen von der Anerkennung durch andere und im solidarischen Miteinander.

Wäre das nicht ein schönes Motto: Schafft Lebensplätze und nicht nur Arbeitsplätze.

Das läßt sich beziehen auf den Arbeitsplatz. Auch aufgeschlossene Wirtschaftsmanager wissen heute um den Wert der Qualität eines Arbeitsplatzes. Ein Angestellter, der gerne an diesem Platz arbeitet und ihn als Lebensplatz empfindet, ist motivierter, leistungsfähiger und damit für den Betrieb auch mehr wert.

Aber auch wer als Rentner, Lernender oder Sozialhilfeempfänger von Transfermitteln lebt, oder wer sich wie einst Major Tellheim in Lessings *Minna von Barnhelm* als Aussteiger auf seine Güter zurückzieht oder von seinem Erbe lebt, hat einen Anspruch auf einen Lebensplatz, der seine Würde wahrt.

Ein Lebensplatz ist gleichzeitig mehr und weniger als ein Arbeitsplatz. An letzterem ist oft genug die Würde arg gefährdet, während auf der anderen Seite ein Lebensplatz nicht die Anerkennung der Würde sichert, solange Anerkennung und soziale Chancen nur über ein Arbeitsverhältnis gesichert sind.

Für mehr als 20 Millionen Arbeitsfähige in Europa existiert ein "Normalarbeitsplatz" nicht nur nicht, er wird in absehbarer Zeit auch nicht wieder geschaffen. So schwer es uns fällt, dieser Realität müssen wir uns stellen, und das heißt, wir müssen Lebensweisen entwickeln, die mit der Chance zurechtkommen, die ja schließlich auch darin zu entdecken ist, daß wir mit weniger Aufwand an Zeit mehr produzieren können.

Lebensqualität und Würde als kulturelle Werte wirklich in den Vordergrund des politischen Handelns zu stellen, das hätte Konsequenzen zum Beispiel für unsere Kultur und unsere Bildungspolitik.

Nehmen wir uns ein Vorbild an dem Hochwert der Bildung in Japan: Kein Politiker wird sich dort so den Zwängen einer direkten Kosten-Nutzen-Rechnung im Bildungsbereich unterwerfen, wie sie bei uns die Praxis ist. Japanische Eltern scheuen sich beispielsweise nicht, unter finanziellen Opfern einer Tochter die bestmögliche Ausbildung sogar im Ausland zu finanzieren, obwohl sie wissen, daß diese Tochter nach Abschluß ihres Studiums vermutlich heiraten und jahrelang mit Erziehung und Förderung ihrer Kinder voll beschäftigt sein wird. Sie wird aber ihre kulturelle Bildung und ihr Wissen als reiche Mitgift an den Nachwuchs weitergeben. Auf solches hochqualifizierte Potential kann Japan jederzeit zurückgreifen.

In Japan gibt es so gut wie keinen Analphabetismus. In den USA dagegen ist das funktionale Analphabetentum mit heute schon 30 Millionen Betroffenen besorgniserregend hoch - auch in Deutschland sind es mittlerweile an die vier Millionen.

Den Menschen in Deutschland war eine solche hohe Einschätzung von Kultur und Bildung ehemals nicht fremd: In Zeiten der tiefsten Krise Preußens hat ein Wilhelm von Humboldt jene Universitätsreform realisiert, mit der die Bildung von *Menschen* und nicht von Beamten ins Zentrum gestellt wurde. Er war überzeugt, daß der Staat davon am meisten profitieren würde: "Denn nur die Wissenschaft, die aus dem Innern stammt und ins Innere gepflanzt werden kann, bildet auch den Charakter um, und dem Staat ist es ebenso wenig als der Menschheit um Wissen und Reden, sondern um Charakter und Handeln zu tun."

Ich weiß, das Humboldt'sche Bildungsideal gilt manchen heute eher als antiquiert und nicht realisierbar. Aber hat solide Bildung nicht doch auch viel mit Würde zu tun? Und ist es nicht ein herrliches Desiderat, gebildet zu sein?

Zur Selbstbehauptung Deutschlands und Europas seien im Wettbewerb ganz andere Eigenschaften notwendig, so hören wir als Gegenargument. Aber spielen die sozialen und kulturellen Qualitäten denn im Wettbewerb keine Rolle?

Und dann muß schließlich auch die entscheidende Frage erlaubt sein, ob global gesehen das Immermehr an Konsum, auf dem unser Wirtschaftswachstum beruht, nicht an seinem Ende angekommen ist, trotz Dreiliterauto und grünem Punkt.

Selbstbehauptung eines Unternehmens, einer Gesellschaft, eines Staates ist nur möglich mit Menschen, denen das, was gesichert werden soll, auch viel bedeutet. Alfred Grosser hat in seiner Dankesrede auf der Wartburg 1994 zu Recht die "Transnationale Mitverantwortung für die Zukunft der freiheitlichen Demokratie" betont. Erleben junge Menschen, so sagt Grosser damals, "als erste Erfahrung der freiheitlichen Demokratie in Thüringen die Arbeitslosigkeit, dann ist die Ordnung, die wir zu bieten haben, eben noch keine Ordnung." Wenn es heute ein Ziel gibt, das es wert ist, notfalls auch mit der eigenen Existenz verteidigt zu werden, dann wäre es die humane Qualität eines kulturellen Europas.

Sobald die Individuen diese Sinnfrage für sich aber nicht mehr angemessen beantworten können, entsteht ein für die Gesellschaft gefährliches Sinnvakuum.

Wie sehr das deutsche Bekenntnis zu Europa ein Bekenntnis zu Demokratie und Rechtsstaat ist, das hat Richard von Weizsäcker hier auf der Wartburg eindrucksvoll herausgestellt. Es ist auch für mich ein Bekenntnis zur Kultur eines sozialen Europa.

Viele Menschen hier im östlichen Teil Deutschlands - so hört und liest man immer wieder - erleben die Vereinigung Deutschlands vor allem als psychischen Streß, als Angst, nicht mithalten zu können im täglichen Rennen, das sich immer mehr beschleunigt. Offensichtlich haben wir unterschätzt, daß hier doch zwei unterschiedliche Lebenskulturen aufeinandergestoßen sind, daß die Selbstorganisation der Menschen in der DDR, das ganz normale Zusammenleben jenseits staatlicher Organisationen und Kontrolle - ja gerade deren Umgehung - Qualitäten hatte, die im Nach-Wende-Kapitalismus unterzugehen drohen. Wenn wir es nicht schaffen, die spezifische Lebenskultur der Menschen in den neuen Bundesländern ins vereinte Deutschland zu integrieren, werden die Probleme noch deutlicher zunehmen.

Daraus leitet sich für mich dann auch die Aufforderung ab, Globalisierung nicht einfach hinzunehmen, sondern eine soziale Zählung der Globalisierung zu realisieren, so wie wir den Kapitalismus gezähmt haben. Daß die sozialen Werte Europas um keinen Preis dem Fetisch Globalisierung geopfert werden dürfen, ist gleichwohl noch längst nicht überall Konsens.

Statt einer bedingungslosen Unterwerfung unter die Globalisierung ist deren sozialkulturelle Bändigung vonnöten. Dafür gibt es gerade dank der Kultur Möglichkeitsspielräume.

Die Konkretisierung und der nationale Nachvollzug dessen, was "Globalisierung" positiv oder negativ bedeutet, findet ja nicht im Selbstlauf statt, sondern setzt Regelungen und Gesetze auf der Ebene des beileibe nicht überflüssig werdenden Einzelstaates (den "Nationalstaaten") oder der supranationalen Staatengruppen voraus, zum Beispiel der Europäischen Union. Niemals sind die Optionen ausschließlich der bloße Nachvollzug von äußeren Determinanten, sondern immer auch Resultat von inneren sozialen, kulturellen und politischen Prioritierungen, immer gibt es nutzbare einzelstaatliche Spielräume.

Bei aller Orientierung auf internationale Wettbewerbsfähigkeit lassen sich zum Beispiel die Japaner zuallerletzt ihr Kirschblütenfest nehmen. Vom Standpunkt der Wirtschaftsrationalität ist dies ein höchst fragwürdiger Eigensinn, zumal niemand genau weiß, an welchem Tag die kapriziöse Kirschblüte einsetzt, die einen Massenexodus jener fleißigen Japaner verursacht, die eher auf den Urlaub als auf dieses Fest verzichten.

Die Anerkennung von kompetitiver Härte und Realität des Weltmarktes und seiner wechselnden Bedingungen für den Wettbewerb ist sicher eine der Voraussetzungen für den Erfolg einer zukunftsgerichteten Politik. Gestaltende Politik darf deswegen dennoch nicht die bloße Einlösung von weltmarktgesetzten Fremdbestimmungen sein. Dies gilt um so mehr, als den aktuellen Strukturen eines Weltmarktes mit seiner ständig fluktuierenden Exportwirtschaft keine ewige Dauer garantiert sein dürfte.

Hinzu kommt, daß auch heute die Standards des Sozialen kein unüberwindliches Hindernis für den Weltmarkt bedeuten.

Bundespräsident Roman Herzog hat bei einer Tagung über auswärtige Kulturpolitik im Oktober dieses Jahres in Bonn auf die Verbindung hingewiesen, die zwischen der Lebensqualität des Sozialstaates und dem Exportnutzen besteht: "Man traut deutschen Wirtschaftsvertretern übrigens auch deshalb Qualität und pünktliche Vertragserfüllung zu, weil man weiß, daß Deutschland mit einer sozialen Marktwirtschaft soziale Interessengegensätze auf dem Verhandlungsweg ausgleichen kann."

In der Tat müssen wir deshalb Wirtschaft, Politik und Kultur als gleich gewichtige Faktoren für die Kaufentscheidung werten, und dies nicht nur bei Mammutprojekten. "Die Kultur eines Landes ist also kein bloßer Zierat, sondern sie begründet das, was man im Englischen 'good will' nennt" - so Roman Herzog.

Wenn die soziale Grundsicherung als stabile Form des Grundvertrauens uns garantiert, daß die Menschen sich überzeugt mit diesem Europa identifizieren und daß sie seine Politik solidarisch mittragen, dann (und nur dann) werden sie auch bereit sein, jene unumgänglichen Opfer zu tragen, die der Weltmarkt aufzwingt. Es steht übrigens nirgendwo geschrieben, daß diese Opfer nur von den Einkünften und der Lebenshaltung der kleinen Leute erbracht werden müssen.

Ich möchte das an einem Beispiel näher erläutern: Eine der unverzichtbaren Leistungen der Moderne in Europa ist der regionale Finanzausgleich. Seine konsequente Realisierung verhindert in unseren Breiten ausgesprochene Hungerregionen und Notgebiete, wie im 19., ja noch im 20. Jahrhundert, zu einer Zeit also, als trotz der fortschreitenden Zivilisierung das Elend proportional und absolut stieg. Ich erinnere nur an Alexander Graf Stenbock-Fermors Reportagen aus dem Deutschland der Weltwährungskrise Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre unseres Jahrhunderts: Hunger im Frankenwald, die Not der Spielzeugschnitzer, Holzarbeiter und Bergleute im Erzgebirge, das Elend der Glasbläser und Christbaumschmuckhersteller im Thüringer Wald.

Diese Notstände waren die beklemmenden Themen seiner Berichte. Diesseits und jenseits der Grenze, die unser Land bis vor kurzem noch trennte, brauchen wir nur zwei Generationen rückwärts zu blicken, um bei der Spurensicherung auf eben jene Notstandsgebiete zu stoßen.

Auch bei der Reform des Sozialstaates ist davon auszugehen, daß sie nur dann akzeptiert wird, wenn die Grundwerte erhalten bleiben. Damit ist beileibe nicht gemeint, den jetzigen Zustand auf allen Ebenen festzuschreiben. Denn schließlich ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß im Laufe der Zeit Inkompatibilitäten zwischen den Grundwerten auftreten und zu Spannungen führen.

Wenn es wirklich so ist, daß unser soziales System Abhängigkeiten erzeugt, die des Menschen Würde beeinträchtigen, dann entsteht dringender Korrekturbedarf. Alle Phantasie, alle Ressourcen, alle kreativen Regelungen, auch alle neuen Allianzen müssen bei dieser notwendig zu leistenden Staats-Arbeit mobilisiert werden.

Und es geht nicht ohne die Kreativität einer lebendigen kulturellen Öffentlichkeit, mit der die Schaffung von Lebensplätzen begleitet werden kann; ja es geht nicht einmal ohne daß die Künste daran mitwirken, Phantasie zu entbinden.

Das möchte ich mit einem Beispiel illustrieren. Mit den Dichtern der Klassik im Reservoir der Gedanken erzwangen die sozialpolitischen Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts die soziale Pazifizierung. In den bescheidenen privaten Büchereien der Protagonisten der sozialen Bewegungen waren es die Reclam-Bändchen von Schiller und Goethe, Herder und Heine, die ihnen Kraft und Energie für ihren Kampf gaben. Nur so konnten sie sich gegen die immer mit Sachzwängen des Marktes verbrämten schamlosen Anforderungen des frühkapitalistischen Ausbeutungssystems zur Wehr setzen.

Es waren die zeitkritischen Dramen von Gerhart Hauptmann, die Romane der großen Autoren von Raabe bis Fontane, die mit gehörigem Skandal und viel Emotion die Verkrustungen des alten Systems aufbrachen und so den Boden für die Saat der Sozialreform bereiteten. Und es waren die Gestalten von Daumier, die Plastiken von Meunier und die Bilder von Courbet oder der Düsseldorfer Mälerschule, in denen die Erniedrigten ihr Selbstbewußtsein wiederfanden.

Ohne diese Leitbilder aus der Welt der Künste hätte es keinen politischen Aufbruch ins 20. Jahrhundert gegeben; es wären nicht die Voraussetzungen geschaffen worden für die Einlösung jenes Schillerschen Ethos, daß "der Mensch sich selber nicht versäumen" dürfe.

Wenn heute ähnlich gewaltige Leistungen zur Bewältigung der Hausaufgaben der Moderne vonnöten sind, bedarf es dann nicht einer ähnlichen Kreativität der Künste? Einer Kreativität, die mehr sein muß als nur die aktuellen Probleme übertünchende Begleitmusik - die vielmehr Ansporn ist, neue Horizonte aufzeigt und das noch nie Gedachte denkt.

Daraus, ganz vorsichtig, sind dann auch neue Ansätze zur verlorenen Utopie des Humanen zu destillieren - andere gewiß als die der Vergangenheit, aber solche, die Zukunft menschlich gestaltbar erscheinen lassen. Diese Kreativität wird für das Gemeinwesen entscheidend sein, wenn die Akteure der Kultur sich hineingedacht haben in die eingangs genannten Selbstverpflichtungen des Grundge-

setzes. Dies gelingt aber nur, wenn Politik und Kreativität nicht getrennt ihre Ziele anstreben, sondern beide Sphären sich wechselseitig zuhören, ohne einander zu unterwerfen.

Und daraus entwickelt sich schließlich ein weiterer Denkanstoß: Er bezieht sich nicht mehr nur auf das Innere unserer Gesellschaft, sondern auf die Rolle der Deutschen in der Welt.

Ich meine: Im internationalen Kontext wird künftig nicht der wirtschaftlich oder militärisch stärkste Staat der attraktivste sein, sondern derjenige, in dessen Kultur die Maßstäbe für den Umgang mit den Problemen von heute überzeugend entwickelt und vorgelebt werden.

Ich nenne als Stichworte nur Arbeitslosigkeit, Nachhaltigkeit, Bevölkerungswachstum, Veränderung der Altersstruktur, Migrationen. Eine Gemeinschaft, die diese Probleme mit der Kreativität und Zustimmung ihrer Menschen auf die Hörner nimmt, sie wird auch im Wettbewerb der Wirtschaft die attraktivere sein und das Interesse der anderen auf sich lenken. Aber das ist nicht möglich ohne eine lebendige kulturelle Szene, die mitdenkt.

Zukunft ist ein kulturelles Programm!

Ja, Kultur ist unser Schicksal, hören wir, und nicht Wirtschaft, wie noch einst bei Walter Rathenau. Sozialer Frieden und internationale Zusammenarbeit sind ohne kulturelle Grundlagen nicht denkbar, weil sie überhaupt erst jede Form der Auseinandersetzung aushaltbar machen, sie kanalisieren und humanisieren. Das ist auch die interessanteste Perspektive für ein kulturelles Europa.

Aus dem Blickwinkel von Geistesgeschichte, Philosophie und Künsten und der realen Kulturgeschichte betrachtet, war Europas Kultur natürlich immer mehr und anderes als nur die Predigt von Humanität und sozialer Gerechtigkeit. Auch nach dem Triumph der Aufklärung hat sie noch ihre Exzesse gehabt und sie ausgelebt - den Eroberungswahn, das Missionierungsstreben, die Illusion der Beherrschbarkeit von Natur, aber auch die Utopie von der Planbarkeit der Gesellschaft. Mit ihrer programmatischen Ambivalenz der Taten und Unterlassungen hat sie nicht nur oft ihre eigenen Werte in Frage gestellt, sondern sie manchmal auch zerstört.

Sie hat diese kritische Kritik der Praxis aber auch immer wieder problematisiert. Die europäische Kultur ist durch die Purgatorien von Reformation und Gegenreformation, von Aufklärung und Gegenaufklärung hindurchgegangen - ob mehr oder ob weniger unbeschädigt als alle anderen Kulturen, das möge dahingestellt bleiben.

Aber sie hat jedenfalls immer wieder zurückgefunden zum menschlichen Maß, zu eben jenen Standards der Humanität und Demokratie als den am wenigsten selbstzerstörerischen und den am ehesten in die Lebenspraxis dauerhaft übertragbaren Orientierungen. Das nicht zu vergessen ist auch eine Aufgabe der heutigen Stunde. Ein solches europäisches Selbstverständnis wird sich im internationalen Dialog der selbstbewußter gewordenen anderen Kulturen bewähren.

In diesem Dialog wäre es eine allzu bequeme Konventionalität, Vielfalt nur unter dem Deckmantel eines übergreifenden Wertekonsenses zu akzeptieren. Eigentlich schwierig wird es für den Kulturdialog dort, wo (noch) keine übergreifenden Werte als solche erkannt und tragfähig wurden.

Beharrlich und mit langem Atem auch mit denen ins Gespräch zu kommen, die sich dem Dialog bisher verweigern, ist derzeit wohl eine der größten Herausforderungen. Dadurch, daß man sich wechselseitig auf das Gespräch selbstverständlich einläßt, werden erste Ansätze für verbindliche Werte geschaffen, die auch andere Kulturen akzeptieren können.

Auch dazu bedarf es des lebendigen kulturellen Lebens im Inneren, der Kreativität und Provokation der Künste, denen der internationale Dialog schon immer leichter fiel als den Diplomaten. Desto wertvoller ist deswegen ein uneingeschränktes Bekenntnis unserer Gesellschaft zur Kultur.(...)

Denn Politik ist, sofern sie diesen Namen im alten, klassischen Sinn verdient, immer kulturell fundierte Gesprächs- und Überzeugungsstrategie gewesen, um Dinge zusammenzuführen, gegenseitig produktiv werden zu lassen und eine bessere Situation zu erzeugen, als sie vorher gegeben war.(...)

Hilmar Hoffmann

Dieser Beitrag wurde von Prof. Hilmar Hoffmann als Dankesrede für die Verleihung des Wartburgpreises am 9. November 1996 auf der Wartburg gehalten.

Der Autor

Professor Hilmar Hoffmann ist Präsident des Goethe-Institutes.

Erschienen in:

**VIA REGIA** – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation Heft 42/43 1997, herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen*

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>